

An die
Redaktionen

Pressestelle: Hina Marquart,
Tel. 0711/2155-207,
mobil: 0172/7148625,
E-Mail: marquart@paritaet-bw.de

MEDIENINFORMATION

Freie Schulen müssen mit staatlichen Schulen finanziell gleichgestellt werden!

Stuttgart 18.01.2010 Morgen gehen die Haushaltsplanungen der Landesregierung für den Doppelhaushalt 2010/2011 weiter. Dabei wird es auch um die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft gehen. Aus diesem Anlass veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen in Baden-Württemberg (AGFS) am 19. Januar 2010 in Stuttgart eine Demonstration. Mit der Aktion fordern die Veranstalter die Landesregierung auf, ihr Regierungsversprechen einzuhalten und Schulen in freier Trägerschaft bis 2011 mit 80 Prozent der Kosten staatlicher Schülerinnen und Schüler zu finanzieren. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg unterstützt diese Forderung.

Der Kostendeckungsgrad von Schulen in freier Trägerschaft hat in den letzten Jahren abgenommen, da die von Regierungsseite zugesagte öffentliche Finanzierung nicht wie vereinbart, zugenommen hat, sondern sogar geringer geworden ist. Für eine Reihe von Schulen hat das existenzbedrohende Ausmaße angenommen. Nach Berechnung der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen in Baden-Württemberg (AGFS) werden beispielsweise die freien Gymnasien von einem Deckungsgrad im Jahr 2006 von 79,4 Prozent in den nächsten drei Jahren auf ca. 68 Prozent absinken.

„Seit vielen Jahren leisten freie Schulen einen wichtigen Beitrag zur Qualität des Bildungswesens speziell auch in Baden-Württemberg, bereichern den Lernalltag in Schulen mit zahlreichen Anregungen und Innovationen, stärken das Wahlrecht der Eltern und bringen zusätzliche Ressourcen in die öffentliche Bildung ein“, erklärt Hansjörg Böhringer, Landesgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Baden-Württemberg. „Den Strukturdefiziten und Fehlentwicklungen des staatlichen Schulwesens kann nur mit einer Stärkung gemeinnütziger Schulen in freier Trägerschaft begegnet und mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler erreicht werden,“ so Böhringer.

Damit freie Schulen erfolgreich arbeiten und vor allem auch im Interesse einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen auf ein Schulgeld verzichten können, ist es auf längere Sicht erforderlich, die Finanzierung freier Schulen nicht nur an eine Deckungsquote von 80 Prozent heranzuführen, sondern diese den staatlichen Schulen gleichzustellen. Um diesem Ziel näher zu kommen, fordert der Verband die Landesregierung auf, im Doppelhaushalt 2010/2011 zumindest die Finanzierungsquote von 80 Prozent einzulösen.

Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg vertritt insgesamt über 800 Mitgliedsorganisationen aus den verschiedensten Bereichen sozialer Arbeit. Zahlreiche Mitgliedsorganisationen und Einrichtungen des PARITÄTISCHEN sind bereits seit vielen Jahren im vorschulischen Bereich und an der Schnittstelle Schule und Jugendhilfe aktiv oder selbst Träger Freier Schulen, bzw. tätig in Kooperationsprojekten mit Schulen oder in der Assistenz von behinderten Schülern.